LEUCHTTURM

Ausgabe Sommer 2023

KONTROLLE STATT CONTAINER

ASYLCHAOS STOPPEN

Große Landeskampagne der AfD-Landtagsfraktion MV:

Kontrolle statt Container! Asylchaos stoppen!

Anfang April startete die große Landeskampagne der AfD-Landtagsfraktion von Mecklenburg-Vorpommern. An 42 Standorten im ganzen Land werden die neuen Großplakate der AfD-Fraktion zu sehen sein. Ebenfalls wurden über 100.000 Flugblätter verteilt.

„Kein anderes Thema bewegt Mecklenburg-Vorpommern und seine Menschen aktuell so sehr wie die anhaltende Asylkrise. Das kleine Dorf Upahl wurde in ganz Deutschland zum Synonym für das eklatante Versagen in der Migrationspolitik.

Aber die Bürger wehren sich, und auch wir als AfD-Landtagsfraktion unterstützen die friedlichen Bürgerproteste nicht nur vor Ort, sondern kämpfen auch im Parlament für einen Politikwechsel“, erklärt der Fraktionsvorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, Nikolaus Kramer.

Wegen Protesten gegen eine Containerunterkunft im Ort Upahl war der Landkreis bundesweit bekannt geworden. Die Verwaltung steht hier unter Druck, neue Aufnahmekapazitäten zu schaffen, da die vorhandenen bereits ausgelastet sind. Dieser Druck dürfte in Nordwestmecklenburg auch mittelfristig nicht nachlassen. Das Innenministerium hatte die Verteilung Geflüchteter in die Region temporär ausgesetzt, Angaben des Ministeriums zufolge soll diese Regelung jedoch enden.

„Mit unserer Kampagne wollen wir aufklären, Lösungen aufzeigen und zum Widerspruch motivieren. Wir lassen das Versagen in der Migrationspolitik nicht unwidersprochen“, so Kramer.

Flüchtlingspolitik

Scheinheilige Debatte im Landtag

Auch nach dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern ebbt die Diskussion um die Flüchtlingspolitik nicht ab. Die Debatte reicht von Willkommenskultur bis Abschottung und wurde im Mai auch im Schweriner Landtag mit Vehemenz geführt.

Massive Kritik an den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels kam von der AfD. Der Gipfel sei faktisch gescheitert, sagte der Abgeordnete Jan-Phillip Tadsen, da es nur um das Verteilen von Geld gegangen sei, die eigentlichen Probleme aber ignoriert würden. «Wir wollen Kontrolle über unsere Grenzen und dadurch die Kosten der illegalen Migration senken», sagte Tadsen. Seine Fraktion hatte dazu einen separaten Antrag eingebracht, in dem unter anderem auch die Berufung eines „Rückführungsbeauftragten“ gefordert wurde.

„Für mich als migrationspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag war das eine wirklich bemerkenswerte Plenarwoche im Mai, die die Scheinheiligkeit der links-roten Regierung überdeutlich vor Augen führte“, kritisiert Tadsen. „Neben der obligatorischen Forderung an den Bund, mehr Geld für die Dauer-Migrationskrise zur Verfügung zu stellen, erklangen plötzlich neue Töne: Ja, die Asylpolitik müsse nach rechtlichen Regeln durchgesetzt werden. Ja, man müsse Personen ohne Bleiberecht konsequent zurückführen, erst recht fälschlicherweise als Einzelfälle bezeichnete Kriminelle“, sagte Tadsen im Anschluss an die Debatte im Landtag.

Das sind genau jene Forderungen, welche die AfD seit ihrem Einzug in den Landtag 2016 aufstellt und die nach wie vor, ironischerweise insbesondere von Mitgliedern der rot-roten Koalition, gebetsmühlenartig als „Hetze“ bezeichnet werden. Derzeit halten sich rund 5.000 ausreisepflichtige – darunter schwerkriminelle – Personen allein in Mecklenburg-Vorpommern auf und werden schlicht nicht abgeschoben.

„Schwesigs zaghaftes Einräumen der Probleme entspricht keiner Überzeugung, sondern ist lediglich eine Reaktion auf die hohen Umfragewerte der AfD, die sich im Osten der 30-Prozent-Marke nähern. Entlarvend ist zudem, dass die Landesregierung keine eigenen Maßnahmen für eine verbesserte Rückführung auf den Weg bringt. Die AfD steht bereit, diese Politik grundlegend zu ändern“, so Tadsen.

> ***„Die eigentlichen Probleme werden ignoriert.***

Migrationskrise überlastet die Kommunen

Sie waren beim Flüchtlingsgipfel nicht dabei: die Kommunen, die den schwersten Job bei der Unterbringung von Schutzsuchenden zu erledigen haben. Die Ergebnisse des Gipfels von Bund und Ländern gehen den Kommunen nicht weit genug. Sie stören sich insbesondere daran, dass es keine längerfristige Regelung von Finanzierungsfragen gab.

„Es geht aber nicht nur um die nicht vorhandenen Unterkünfte und deren Finanzierung“, sagt der kommunalpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, Jens-Holger Schneider. „Die gesamte kommunale Infrastruktur ist einfach nicht auf einen derart explosionsartigen Anstieg der Einwohnerzahlen ausgerichtet. Es fehlt an Kapazitäten für Integrationsmaßnahmen, für Schul- und Betreuungsplätzen und Beschäftigungsförderung“, so Schneider.

Das ganze kommunale System droht zu kollabieren. Selbst wenn man die benötigte Infrastruktur ausbauen wolle, würde dies laut Schneider Jahrzehnte dauern. „Selbstverständlich brauchen wir Zurückweisungen von Migranten. Allerdings müssen die kommunalen Spitzenverbände bei künftigen Gipfeln auch beteiligt werden. Nur so bekommt die Politik auf Bundesebene mit, mit was für Problemen die Kommunen vor Ort konfrontiert sind“, so Schneider.

Kommunalverbände müssen stärker in bundespolitische Entscheidungen mit einbezogen werden.

> ***Mit einem Antifa-Anwalt ohne Verständnis, wofür ein Strafprozess im Unterschied zu einem Untersuchungsausschuss zuständig ist und einer grünen Abgeordneten, die nicht über den Tellerrand blicken kann, wird schwerlich eine ernsthafte Aufklärung des NSU-Komplexes und des Versagens unserer Sicherheitsarchitektur in Mecklenburg-Vorpommern möglich sein***

SPD, Grüne und Linke nicht an Aufklärung des NSU interessiert

Der NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern dümpelt vor sich hin. Diesen Eindruck muss jeder Beobachter der Aufklärungsgeschehens bekommen. „Mit einem Antifa-Anwalt ohne Verständnis, wofür ein Strafprozess im Unterschied zu einem Untersuchungsausschuss zuständig ist und einer grünen Abgeordneten, die nicht über den Tellerrand blicken kann, wird schwerlich eine ernsthafte Aufklärung des NSU-Komplexes und des Versagens unserer Sicherheitsarchitektur in Mecklenburg-Vorpommern möglich sein“, kritisiert der Obmann der AfD-Fraktion, Paul Timm, die Ausschussmitglieder der anderen Fraktionen scharf.

Andere NSU-Untersuchungsausschüsse sind schon längst weiter, so beispielsweise im bayerischen Landtag. Im Zuge der Untersuchungen verhörten die Bayern den Kopf des NSU-Trios, Beate Zschäpe, Ende Mai in Chemnitz. Initiator des Verhörs war die bayerische AfD. „Vielen Dank an die bayerische AfD-Fraktion, welche mit ihrer Initiative zur Zeugenvernehmung den Stein ins Rollen brachte. Bereits vor einigen Wochen beantragten wir ebenfalls die Zeugenvernehmungen von Beate Zschäpe und Holger Gerlach zur Aufarbeitung der Aktivitäten des NSU-Trios in Mecklenburg-Vorpommern“, kommentiert Paul Timm.

In Mecklenburg-Vorpommern wollten die anderen Fraktionen im Untersuchungsausschuss von einem Verhör Zschäpes nichts wissen und lehnten den Vorstoß der AfD zur Aufklärung des NSU-Komplexes ab. In einer Sitzung Anfang Juni beantragte die AfD erneut das Verhör, was erneut abgelehnt wurde. „Die Begründung, erst das Protokoll ihrer Vernehmung in Chemnitz abwarten zu wollen, zieht nicht. Wenn es den Damen und Herren der SPD, Linken und Grünen um ernsthafte Aufklärung gehen würde, wären Zschäpe und Holger Gerlach schon längst durch unseren Untersuchungsausschuss vernommen worden“, so Paul Timm.

AfD-Fraktion fordert Konzept für Nitratmessstellen-Netz

Als Hauptverursacher für erhöhte Nitratwerte im Grundwasser sieht Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) die Landwirtschaft. Deshalb erließ das Ministerium auch die neue Düngeverordnung, nach der auf 32 Prozent der Äcker im Land zukünftig weniger gedüngt werden darf. Kritik an der neuen Düngemittelverordnung kommt von der AfD aus dem Landtag in Schwerin.

Der landwirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Jens Schulze-Wiehenbrauk, warnt nicht nur vor immensen Ertragseinbußen, er kritisierte auch das Fehlen eines schlüssigen Konzepts. „Die Ausgangslage ist in unserem Nachbarbundesland in Brandenburg dieselbe. Trotzdem sind dort nur 5,6 Prozent als rote Gebiete ausgewiesen. Dieser Unterschied ist doch niemandem vermittelbar“, so Schulze-Wiehenbrauk. Er sieht die Landwirte unter Generalverdacht gestellt.

Nach der neuen Düngemittelverordnung wird ein rotes Gebiet ausgewiesen, in dem nur eingeschränkt gedüngt werden kann, sobald nur eine von mehreren Messstationen in einem Wasserschutzgebiet erhöhte Werte zeigt. „Die Landesregierung hat sich offenbar überhaupt keine Gedanken gemacht, was für Auswirkungen das auf die Lebensmittelproduktion hat. Wir brauchen ein stimmiges und nachvollziehbares Konzept mit einem viel engmaschigeren Raster“, so Schulze-Wiehenbrauk.

„Never change a winning team!“ – Die Förderschulen dürfen nicht schließen!

Die deutschen Förderschulen mit ihren speziell ausgebildeten Sonderpädagogen praktizieren seit Jahrzehnten eine lebendige Inklusionspädagogik. Sie bereiten ihre Schützlinge in kleinen Klassen auf die Berufsausbildung ebenso vor wie auf ein selbstbestimmtes Leben. Ihrem Profil und ihrer Ausstattung nach bieten sie ein Refugium so einfühlsamer wie erfolgversprechender Bildung und Erziehung.

Doch die 37 Schulen mit ihren fast 4000 Schülern in MV sollen im Vollzug der verfehlten Inklusionsstrategie des Landes nun schließen und die Schüler an die Regionalschulen verteilt werden.

„Das halten wir für falsch“, sagt der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Enrico Schult. „Förderschulen selektieren gerade nicht, im Gegenteil, sie leisten für die Integration Hervorragendes. Genau deswegen sind Schüler, Lehrer und Eltern nachvollziehbar in Sorge, wenn ihnen die vertraute Bildungseinrichtung genommen wird“, bewertet Schult die Situation.

Zudem ringen die Regionalschulen ohnehin schon mit Corona-Defiziten, den Herausforderungen bei der Beschulung von Flüchtlingskindern, Lehrermangel und übervollen Klassen bei zu wenigen Räumen. Sie können daher inklusionspädagogisch gar nicht das leisten, was Förderschulen bisher vorbildlich praktiziert haben.
„Auch besteht an den Regionalschulen die Gefahr, dass Kinder ohne Förderbedarf auf der Strecke bleiben, wenn sich die Lehrer künftig vermehrt den Förderschülern in der Klasse zuwenden müssen“, befürchtet Schult.

Die betroffenen Eltern und Schüler laufen daher Sturm gegen die Schließung „ihrer“ Förderschulen Lernen und verstehen zu recht nicht, warum man ein bewährtes System aus ideologischen Gründen abschaffen möchte.

„Wir stehen an der Seite der Förderschulen und führen derzeit mit den Betroffenen genaue Gespräche vor Ort. ‚Never change a winning team!‘ - Die Förderschulen haben sich bewährt, deshalb müssen sie in ihrer jetzigen Struktur erhalten bleiben, wir haben in der Bildungspolitik derzeit ganz andere Baustellen“, so Schult.

Experte im Landtag: Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ kritisiert öffentlichen Rundfunk

Der Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, Dieter Stein, hat Ende April im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern auf Einladung der AfD-Landtagsfraktion als Experte zu den aktuell laufenden Verhandlungen über eine Änderung der Medienstaatsverträge gesprochen. Diese regeln unter anderem den Auftrag der öffentlich-rechtlichen Sender. Stein kritisierte dabei die aberwitzige Größe mit den damit verbundenen Kosten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

„Die Deutschen finanzieren einen europaweit einmaligen und anachronistisch überdimensionierten staatsnahen Medienkomplex von ARD und ZDF und Deutschlandfunk mit Zwangsbeiträgen von über 8,4 Milliarden Euro pro Jahr. Von wirklichem Reformwillen ist bis jetzt wenig zu spüren, und das vorliegende Gesetz leistet dafür nur einen geringen Beitrag. Während Millionen Bürger und privatwirtschaftliche Unternehmen unter den Folgen einer galoppierenden Inflation ächzen, wird nicht über Entlastungen, sondern, im Gegenteil, über weitere Gebührenerhöhungen diskutiert“, so Stein.

Dieter Stein kritisierte weiterhin die mangelnde politische Neutralität des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie die mangelnde Staatsferne. Ähnlich sieht es der medienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Thomas de Jesus Fernandes. Er warf den Rundfunkanstalten vor, eine Filterblase zu erzeugen. „Weshalb wird die AfD in Polit-Talkshows häufig gar nicht erst eingeladen, obwohl sie in Ostdeutschland zuweilen in Umfragewerten sogar an erster Stelle steht? Es bedarf einer Reform, welche die AfD-Fraktionen in einem gemeinsamen Konzept bereits ausgearbeitet haben. Das System der Zwangsgebühren hat sich überlebt und muss beendet werden“, so de Jesus Fernandes.

> **Anstatt ein entortetes Klima retten zu wollen, sollten wir uns darauf besinnen, das zu schützen, was uns am nächsten ist, wo unsere Kinder groß werden und unsere Familien leben: Unsere Heimat!**

Heimatschutz statt Klimawahn

Die zurückliegenden Jahrzehnte haben in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern gezeigt, wozu eine verantwortungsbewusste Nation mit Technologieoffenheit und Forschergeist in der Lage ist. Die großen Umweltsünden, die sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern das vergangene Jahrhundert prägten, sind in weiten Teilen überwunden. Noch nie seit Beginn der Industrialisierung waren unsere Flüsse so sauber wie heute, war die Luft so rein. Das gilt auch für unser schönes Bundesland.

„Die deutsche Wirtschaft und auch die Produktion in Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich aus durch eine nachhaltige und umweltbewusste Produktion und ist weiten Teilen der Weltwirtschaft damit um Längen voraus. Diese Standards gilt es weiterzuentwickeln und zu exportieren, anstatt im Wahn zu glauben, man könne auch noch das letzte bisschen Umwelteinwirkung durch die menschliche Nutzung natürlicher Ressourcen im eigenen Land unterbinden, womit dann aber die heimische Wirtschaft zwangsläufig ruiniert wird“, sagt der naturschutzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Thore Stein.

„Anstatt ein entortetes Klima retten zu wollen, sollten wir uns darauf besinnen, das zu schützen, was uns am nächsten ist, wo unsere Kinder groß werden und unsere Familien leben: Unsere Heimat!“, so Stein weiter.

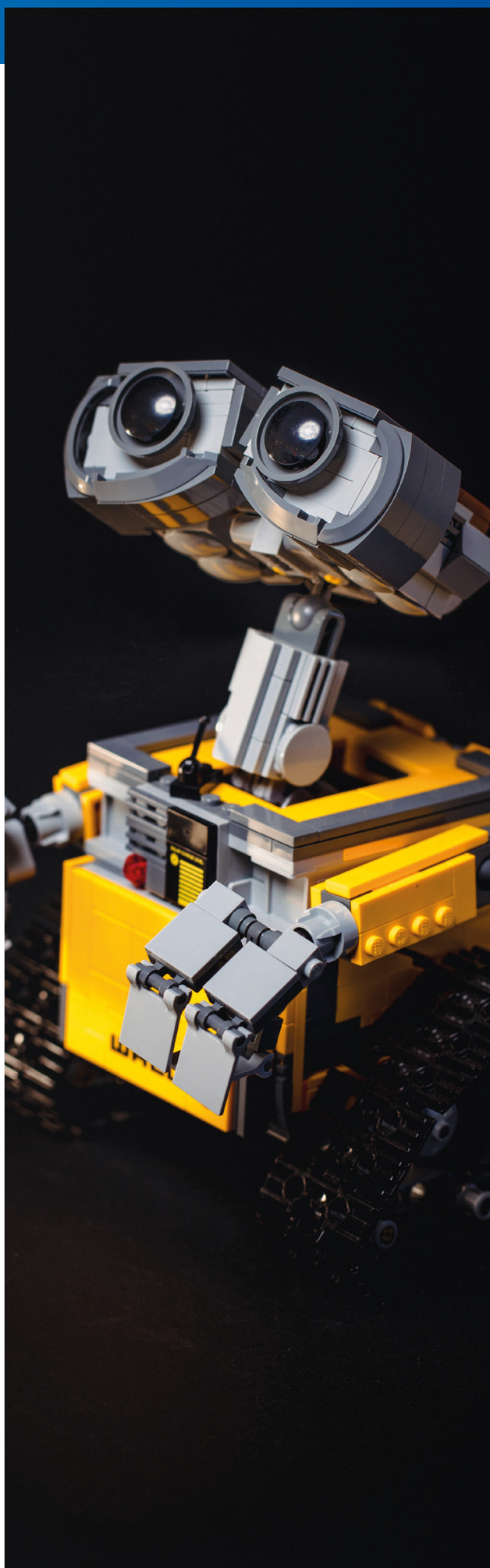
Wir haben das Faxen dicke: Strandreinigungsroboter statt Strandkorb!

Der Fachkräftemangel spitzt sich zu und Mecklenburg-Vorpommern verschläft Megatrends. Während viele internationale Regierungen oder einzelne Kommunen in Deutschland längst handeln, da faxen unsere Regierungspolitiker sich noch die Ideen für mehr unqualifizierte Zuwanderung hin und her.

Die Technologien werden andernorts schon lange eingesetzt. In Indien fahren autonome Züge. In Japan wird man von Robotern bekocht oder bedient oder sie bewachen Objekte. Künstliche Intelligenz scannt und entscheidet über Befunde statistisch besser als die Ärzte der Uniklinik. Eine KI beantwortet Bürgeranfragen in der Verwaltung und die Dokumente sind am 24-Stunden-Abholautomaten per SMS-Code abholbar.

„Insgesamt drei Anträgen stellten wir im Landtag. Wir wollten ein umfangreiches Förderprogramm für Wirtschaft und Verwaltung. Wir forderten die Landesregierung auf, ein Konzept für die Kommunen zu verfassen, wie mittels der neuen Technologien gespart werden kann. Zudem brachten wir eine eigene Messe im Land ins Spiel, auf der die neuen Zukunftstrend vorgestellt werden“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Martin Schmidt.

Doch die Altparteien würden leider noch in frühmittelalterlichen Denkstrukturen verharren. Sie glauben, dass durch die Ansiedlung von Männern aus Afghanistan oder Marokko eine Art Wirtschaftswachstum zu schaffen wäre. „Wir sagen da ganz klar: MV braucht ein neues Image. Strandkorb ist gut, aber Strandreinigungsroboter made in der Technischen Hochschule Schwerin wäre besser“, kritisiert Schmidt.



Symbolbild: Demonstration Junge Alternative Winter 2021

Schmierenkomödie im Landtag: Junge Leute in der Enquete-Kommission für kritische Meinung stigmatisiert

Eigentlich sollte die im Landtag im Januar 2022 gebildete Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ helfen, die Lebenswirklichkeit von Jugendlichen zu erfassen und da politisch anzusetzen, wo sich Defizite und strukturelle Probleme auftun. Dies sollte durch Mitwirkende aus den Fraktionen, aber auch mit nicht-parlamentarischen Mitgliedern realisiert werden. Die AfD-Landtagsfraktion hat dabei natürlich an die Junge Alternative gedacht, in der sich viele motivierte Jugendliche seit Jahren für einen gesellschaftlichen Wandel engagieren und kritische Fragen an die Politik adressieren.

Per Beschluss hatten FDP, CDU, SPD, Linke und die Grünen die AfD aufgefordert, den 29 Jahre alten Landesvorsitzenden der Jungen Alternative (JA) aus der Kommission abzuziehen. Die JA war zuvor vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft worden. „Wer als Jugendlicher aus gutem Elternhaus von einem deutschen Volk spricht, der hat nach Denkart des VS schon alle Kriterien für einen echten Extremisten erfüllt. Es ist so durchschaubar wie simpel, dass ein politisch geführter Inlandsgeheimdienst einer Regierungsspitze aus vaterlandslosen Gesellen, Andersdenkende möglichst mundtot machen möchte. Das Ziel der Regierung ist eine wurzellose heterogene Bevölkerungsmasse ohne gemeinsame Identität, Sprache, Tradition und Werten. Demokratisch ist das jedoch keinesfalls, sondern autoritär“, kritisiert der AfD-Obmann für die Enquete-Kommission, Thomas de Jesus Fernandes.

„Der Ausschluss von Mitgliedern der AfD-Jugendorganisation hätte bedeutet, dass die Anliegen vieler junger Menschen in unserem Bundesland in der Enquete-Kommission nicht mehr vertreten würden. Das ist nicht nur zutiefst undemokratisch, sondern steht auch dem Grundgedanken der diversifizierten Zusammensetzung der Kommission diametral entgegen. Es handelt sich um eine pauschale Verächtlichmachung von unbescholtenen jungen Menschen. Die JA ist nicht rechtsextrem, die JA hat zum Missfallen der einhornreitenden woken Regenbogenfraktionen extrem Recht“, so de Jesus Fernandes.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz begründet seine Entscheidung, die JA als „gesichert rechtsextrem“ einzustufen damit, dass deren Mitglieder wohl von der Existenz eines möglichst ethnokulturellen Staatsvolkes ausgingen. Grundsätzliche Kritik am Verfassungsschutz übt der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Horst Förster. „Ich weiß nicht, wen der Verfassungsschutz schützt – die Verfassung ist es jedenfalls nicht. Das Abstammungsprinzip im Staatsbürgerschaftsrecht ist im Jahre 2000 lediglich durch Geburtsortprinzip ergänzt, aber keinesfalls abgeschafft worden. So geht das Grundgesetz selbstverständlich ebenfalls von einem ethnokulturellen Volk aus, dessen Staatsangehörigkeit man aber auch durch Geburt erwerben kann“, erklärt Förster. Andernfalls würden laut Förster das Bundesvertriebenengesetz oder die Gesetze zum Schutz der sorbischen oder dänischen Minderheiten überhaupt keinen Sinn ergeben, denn dort wird ganz klar zwischen Staatsbürgerschaft und Volkszugehörigkeit unterschieden.

FRAKTION VOR ORT

AfD-Fraktion im Landtag MV
Lennéstraße 1 (Schloss), 19053 Schwerin

0385/525-1700
kontakt@afd-fraktion-mv.de
www.afd-fraktion-mv.de

NIKOLAUS KRAMER

Breite Straße 23, 17358 Torgelow
Am Mühlentor 1, 17489 Greifswald
nikolaus.kramer@afd-fraktion-mv.de
03834 – 7773690
www.nikolauskramer.de

THORE STEIN

Lange Straße 20, 19370 Parchim
thore.stein@afd-fraktion-mv.de
03871 – 2639175
www.thore-stein.de

THOMAS DE JESUS FERNANDES

Rosa-Luxemburg-Str. 16a, 17192 Waren
thomas.fernandes@afd-fraktion-mv.de
03991 – 1480711
www.de-jesus-fernandes.de

ENRICO SCHULT

Treptower Straße 26, 17109 Demmin
Basedower Str. 10, 17139 Malchin
enrico.schult@afd-fraktion-mv.de
03998 – 2856416
www.enrico-schult.net

JAN-PHILLIP TADSEN

Kütiner Straße 21, Sternberg
jan.phillip.tadsen@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251762
www.jan-phillip-tadsen.de

PETRA FEDERAU

Friedrichstraße 14, 19053 Schwerin
petra.federau@afd-fraktion-mv.de
0385 – 55587370
www.petra-federau.com

HORST FÖRSTER

Neustrelitzer Straße 70g, Neubrandenburg
kontakt@hoerst-foerster.de
0395 – 36968500
www.hoerst-foerster.de

JENS SCHULZE-WIEHENBRAUCK

Am Markt 7, 17389 Anklam
jens.schulze-wiehenbrauk@
afd-fraktion-mv.de
03835 – 5251723

JENS-HOLGER SCHNEIDER

Dankwartstraße 57, 23966 Wismar
jens.holger.schneider@afd-fraktion-mv.de
03841 – 2452765

MARTIN SCHMIDT

Lange Straße 108, 19230 Hagenow
kontakt@martin-schmidt.net
0385 – 4883997
www.martin-schmidt.net

PAUL TIMM

Mobiles Wahlkreisbüro
paul.timm@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251772
www.paultimm-afd.de

MICHAEL MEISTER

Wilhelm-Külz-Platz 1, 18055 Rostock
0152 – 37357670
michael.meister@afd-fraktion-mv.de
www.michael-meister.de

STEPHAN J. REUKEN

Hasenwinkel 6, 17438 Wolgast
stephan.reuken@afd-fraktion-mv.de
0385 – 5251722